



Medienmitteilung

Thema	Grünliberale lehnen das Budget 2010 ab
Für Rückfragen	Michael Köpfli (Fraktionspräsident): 079 743 30 89 (ab 16:00)
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail bern@grunliberale.ch, www.bern.grunliberale.ch
Datum	18.09.09

Grünliberale empfehlen das Produktegruppenbudget 2010 der Stadt Bern zur Ablehnung

Die grünliberale Fraktion empfiehlt den Berner Stimmberechtigten das heute vom Stadtrat verabschiedete Produktegruppenbudget 2010 abzulehnen. Dies weil das vorliegende Budget jeglichen Nachhaltigkeitskriterien widerspricht und den Weg für eine massive Neuverschuldung in den kommenden Jahren ebnet.

Obwohl der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) für die kommenden Jahre eine massive Neuverschuldung prognostiziert, hat sich die RGM-Mehrheit des Stadtrates dazu hinreissen lassen, die Ausgaben gegenüber dem Vorschlag des Gemeinderates gesamthaft sogar auszubauen. Die Grünliberalen haben sich während der Budgetdebatte stark dafür eingesetzt, dass mit moderaten Sparmassnahmen in der Verwaltung ein "Turnaround" eingeleitet wird, welcher die drohenden neuen Bilanzfehlbeträge in den kommenden Jahren verhindert oder zumindest stark reduziert. Leider blieb die glp mit ihren Anträgen bis auf eine Ausnahme erfolglos.

RGM trägt die Verantwortung für die Neuverschuldung in den kommenden Jahren

Die RGM-Parteien haben mit ihrem Abstimmungsverhalten ein weiteres mal klargemacht, dass sie eine Neuverschuldung offensichtlich in Kauf nehmen. Dies kann und will die glp-Fraktion nicht mit verantworten und empfiehlt den Berner Stimmberechtigten daher das Budget 2010 abzulehnen.

SVP verhindert die dringend notwendige Debatte

Harsche Kritik übt die glp-Fraktion aber auch am Verhalten der Fraktion SVPplus, welche mit ihrer bewussten Obstruktionspolitik eine seriöse Debatte weitgehend verunmöglicht hat. Dies ist unverständlich und bedauerlich, da eine seriöse Auseinandersetzung mit dem viel zu kurzsichtigen Budget dringend notwendig gewesen wäre.

Die glp wird in den kommenden Monaten alles daran setzen, dass der ab dem Jahr 2011 drohende neue Bilanzfehlbetrag doch noch abgewendet werden kann. Dies bedingt Effizienz- und Sparmassnahmen und vor allem ein weitgehender Stopp des Verwaltungsausbaus, welcher von den RGM-Parteien mit Vorstössen fast wöchentlich vorangetrieben wird.